

■ Kämpfe in Kursk und im Donbass

Matrjoschka-Krieg

Von Reinhard Lauterbach

Mit der Entscheidung, die Kämpfe in der Grenzregion Kursk als »Antiterroroperation« einzustufen, folgt die russische Führung dem ukrainischen Beispiel. Die hatte die Versuche zur Rückeroberung des Donbass ab dem Frühjahr 2014 auch so genannt. Der praktische Unterschied zu einem Krieg war minimal, aber rhetorisch sollte dem Gegner die politische Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen werden.

Aber damit, dass die ukrainischen Truppen als Terroristen beschimpft werden, sind sie noch nicht besiegt. Wenn sich, wie zu erwarten, die Kämpfe hinziehen, kommt die russische Führung mit ihrer Rhetorik in Schwierigkeiten: Sie müsste dann eingestehen, dass sie nicht in der Lage sei, mit einer terroristischen Bedrohung ihrer Souveränität fertigzuwerden. Sollte sich Russland zu einer neuen Welle der Mobilisierung von Reservisten gezwungen sehen, um mit dieser Gefahr umzugehen, würde das diesen Anschein der Schwäche noch verstärken. Ob das ihrem Ansehen in einer Bevölkerung nutzt, die bisher in ihrer großen Mehrheit offenbar hinter Präsident Wladimir Putin steht und den Ukraine-Krieg vielleicht bedauert, aber nicht kritisiert? Schon jetzt fordern patriotische Blogger den Kopf von Generalstabschef Waleri Gerassimow, der die im Grenzgebiet zu Kursk heranreifende Bedrohung nicht gesehen oder unterschätzt habe.

Natürlich, jeder Vergleich mit der ähnlichen Rhetorik von Söldnerführer Jewgeni Prigoschin vor

einem Jahr hinkt, weil diese Blogger keine Kampftruppen an ihrer Seite haben. Aber das Problem für die Darstellung des Konflikts durch die russische Führung wird damit nicht geringer: Je länger sich die Kämpfe hinziehen, desto stärker muss der Kontrast zwischen dem Unbesiegbarkheitsimage der russischen Streitkräfte – propagandistisch aufgehängt an dem an sich zufälligen Umstand, dass die Kämpfe jetzt mehr oder minder dort stattfinden, wo im Sommer 1943 die letzte große deutsche Offensive in der Sowjetunion scheiterte – und ihren bisher begrenzten Erfolgen ins Auge stechen. Da hilft auch der Verweis darauf weniger, dass die Ukraine NATO-Waffen einsetzt und ihre Truppen von westlichen Instruktoren ausgebildet werden. Ja und? Als Tatsache ist das seit langem bekannt; würde man dieses Argument entwickeln, müsste sich die Folgerung aufdrängen, dass die russische Armee dieser Herausforderung unter dem Strich nicht gewachsen sei.

Diesen Schluss zu ziehen ist es im Moment noch entschieden zu früh. Westliche Militärs, die in US-Leitmedien zu Wort kamen, haben dem russischen Militär bescheinigt, aus früheren Misserfolgen gelernt zu haben und jetzt eine effiziente Abnutzungsstrategie gegenüber der Ukraine zu verfolgen. Beide Seiten spielen auf Zeit: Jede will die andere zwingen, ihre Angriffsoperationen an anderer Stelle zu stoppen oder zu unterlassen. Es ist ein Stellvertreterkrieg à la Matrjoschka.

■ Kavaliertstartpartei des Tages

FDP



Außerdem: Weniger Fahrradstraßen und Fußgängerzonen, »ideologische Vollsperrungen dürfte es nicht mehr geben.« Das ist gut. Es bringt in stadtplanerische Gletscherspalten wie die Berliner Friedrichstraße zwar kein Leben, aber wenigstens Blechbewegung, und macht der Langeweile deutscher Billigheimerlatschpisten von Deichmann zu Rossmann, Woolworth usw., genannt Fußgängerzonen, ein Ende. Zur Seite springen macht munter.

Nach dem Wunsch der FDP soll es »Grüne Wellen« und dadurch weniger Staus und Schadstoffe geben. In der Hauptstadt wird das beim Neubau von Straßenbahnen oder Busspuren bereits beachtet: Das Bauen dauert Jahrzehnte und Vorrang vor Autos bekommen die ÖPNV-Dinos (sein Stück automobiles Kulturgut-) hinlegen. Das Springer-Blatt durfte ein FDP-Papier, das den Titel »Fahrplan Zukunft: Eine Politik für das Auto« trägt, vorab lesen und dröhte anschließend von »Vollgas-Attacke gegen die Grünen-Verkehrspolitik«.

Kernpunkte: Nicht weniger, sondern mehr Autos in die Innenstädte! Deswegen Gratisparken unterm Latendisch oder mindestens »ein günstiges, deutschlandweites Flatrate-Parken (Vorbild 49-Euro-Bahnticket)«.

Arnold Schölzel

»Ihnen droht auf jeden Fall die Einberufung in den Krieg«

Hessen: Ukrainische Wehrpflichtige erhalten von Behörden keine Passersatzpapiere mehr. Ein Gespräch mit Rudi Friedrich

Hessische Behörden verweigern ukrainischen Männern im wehrpflichtigen Alter Ersatzreiseausweise. Welche Folgen hat das für die Betroffenen?

Das hessische Innenministerium hat per Erlass geregelt, dass diese ukrainischen Männer, soweit sie den befristeten humanitären Aufenthalt nach der sogenannten Massenzustromrichtlinie haben, auch dann einen Aufenthalt bekommen, wenn ihr Pass abgelaufen ist. Es wird zwar nicht den geforderten Reiseausweis für Ausländer geben, sondern eine Aufenthaltserlaubnis mit Ausweisersatz. Was so kompliziert klingt, hat zur Folge, dass die Betroffenen zumindest bis zum März 2026 in Deutschland bleiben können, aber ohne gültigen Pass nicht mehr ins Ausland reisen können. Deutlich schwieriger ist es übrigens für die Gruppe von ukrainischen Männern im wehrpflichtigen Alter, die mit einem anderen Aufenthalt in Deutschland sind, etwa um zu arbeiten. Ihr Aufenthalt ist bei Ablauf des Reisepasses tatsächlich in Gefahr.

Welche Alternativen haben die Betroffenen, um weiterhin außerhalb Deutschlands reisen zu können?

Eine wirkliche Alternative gibt es nicht. Wir müssen ja sehen, dass neue Reisepässe von der Ukraine neu ausgestellt werden, wenn die Betroffenen sich in der Ukraine melden, dort neu militärisch registriert und gemustert werden. Es droht ihnen bei einer Rückkehr in die Ukraine auf jeden Fall die Einberufung in den Krieg. Und aufgrund der Ausreisesperre der Ukraine, die seit Kriegsbeginn gilt, können sie nicht mehr ausreisen.



Rudi Friedrich ist aktiv bei Connection e. V., einem Verein für internationale Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion

Wie ordnen Sie das Verhalten der hessischen Behörden politisch ein?

Interessant ist ja vor allem, dass das hessische Innenministerium zum einen erklärt hatte, keinen Reiseausweis für Ausländer auszustellen und dies mit dem Hinweis verband, dass den Betroffenen zumutbar sei, zur Passbeschaffung in die Ukraine zu reisen und der Wehrpflicht nachzukommen. Wenn wir dazu die tatsächliche Regelung anschauen, ist das sehr widersprüchlich. Insofern sehe ich hier eher einen Versuch, die Geflüchteten zu verunsichern und ihren Aufenthalt in Frage zu stellen, obwohl gesetzlich klare Grenzen gesetzt sind. Ähnliches ist auch in den letzten Monaten immer wieder passiert. Die ukrainische Regierung hatte verkündet, Auslieferungsanträge stellen zu wollen. Die sind aber bei Militärstrafverfahren nicht zulässig, besagt das Europäische Auslieferungsabkommen. Es war also rechtlich überhaupt nicht haltbar, hat aber für sehr viel Unruhe in der Community gesorgt.

Wie helfen Sie ukrainischen Kriegsdienstverweigerern?

Die Ukraine erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung seit Anfang des Krieges nicht mehr an. Und bereits zuvor war es nur für wenige wahrnehmbar. Das verstößt sehr eindeutig gegen Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, des EGMR, der bereits 2011 die Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht anerkannt hat. Wir unterstützen die Betroffenen in der Ukraine mit Kampagnen und rechtlichem Beistand bis hin zum EGMR. Sie sehen sich mit Verurteilungen zu Haft von bis zu vier Jahren konfrontiert.

Hier in Deutschland geht es angesichts dieser Desinformationskampagnen darum, wirklich zutreffende Informationen in den verschiedenen Sprachen zur Verfügung zu stellen und in Beratungsgesprächen darüber zu informieren. Darüber hinaus erreichen uns allerdings auch zunehmend Anfragen von ukrainischen Männern, die aufgrund eines Familienurlaubs oder aufgrund einer Militärausbildung in Deutschland sind und nicht mehr zurückkehren wollen. Sie gelten dann als Deserteure. Und hier bleibt vielen in der Tat nur ein Asylantrag mit sehr ungewissem Ausgang.

Was kann man tun, um die Betroffenen zu unterstützen?

Wer Kontakt zu Betroffenen hat, wird aus erster Hand die Sorgen und Nöte erfahren. Und wenn es für die Betroffenen unsicher oder unklar ist, dann sind wir in solchen Fällen immer gerne ansprechbar, um mit ihnen Lösungen zu finden. Für uns hat jeder und jede das Recht, sich vom Kriegsdienst zu verweigern, auch in einem Verteidigungskrieg.

Interview: Milan Nowak

■ Abgeschrieben

■ Nachdem am Donnerstag auf UN-Ebene der Vertragstext für die sogenannte Cybercrime-Konvention beschlossen wurde, hat der Chaos Computer Club (CCC) am Sonnabend ausdrücklich vor einer Ratifizierung gewarnt:

Der am Donnerstag beschlossene Vertragstext ist ein gefährlicher Fehlschlag. Denn er enthält weiterhin breite Überwachungsvorgaben, die von den UN-Staaten umzusetzen wären, ohne diese Befugnisse jedoch durch rechtliche Mindeststandards abzusichern. Dazu gehören breite Befugnisse zur Echtzeiterfassung von Telekommunikationsmetadaten und das Abhören von Kommunikation. (...) Keiner der westlichen Staaten, die sonst gern ihren Einsatz für Menschenrechte betonen, hat in der letzten Verhandlungsrunde noch Versuche unternommen, diese Gefahren abzuwenden. Mindeststandards beim Datenschutz enthält der Vertragstext nicht, dafür aber eine Ausweitung der weltweiten Kooperation bei Strafverfolgung und Geheimdiensten. (...)

Dem Übereinkommen fehlen klare Regeln, die IT-Sicherheitsforschern und Journalisten eine Arbeit ohne Angst vor Repression ermöglichen würden. (...) UN-Staaten könnten sich zu Mittägern

bei der Verfolgung von Journalisten, Aktivisten oder Dissidenten durch repressive Regime machen, indem sie zur Herausgabe von deren Daten verpflichtet werden. Würde das Abkommen im September von der UN-Generalversammlung angenommen und mit der Zustimmung von vierzig Staaten rechtskräftig, können sich Machthaber in aller Welt die Hände reiben.

■ Die Party for Socialism and Liberation (PSL) erinnert in ihrer Parteizeitung Liberation News am Sonnabend an die Erschießung des 18jährigen Mike Brown in Ferguson, Missouri, durch einen Polizisten vor zehn Jahren:

Hundert Tage lang erfasste eine anhaltende Protestbewegung gegen Rassismus nicht nur Ferguson, sondern Städte im ganzen Land und forderte Gerechtigkeit für Brown und alle Opfer von Polizeibrutalität. (...) Brown war unbewaffnet und auf dem Weg zum Haus seiner Großmutter, als die Polizei ihn ansprach und ermordete. Laut Zeugenaussagen waren seine Hände oben, als siebenmal auf ihn geschossen wurde. Statt der extremen Gewalt, die die Polizei gegen einen unbewaffneten jungen Mann ausübte, rückte die berechtigte

Wut der Protestbewegung in den Mittelpunkt der Berichterstattung der Medien über Ferguson. Ein Artikel nach dem anderen konzentrierte sich auf Szenen von Demonstranten, die plünderten oder Eigentum zerstörten, anstatt auf die Tatsache, dass ein weiterer junger schwarzer Mann von der Polizei ermordet worden war.

Einerseits wurden die Menschen in Ferguson, die Gerechtigkeit für Brown forderten, verunglimpft, und andererseits wurden ihre Stimmen von der Democratic Party und ihren Funktionären gestohlen und kooptiert, die immer wieder versucht haben, das Potenzial jeder Bewegung für drastische Veränderungen zu ersticken. (...) Wir dürfen nicht die lange Geschichte der Kooptation vergessen, die diese sogenannten progressiven Politiker betrieben haben. In einem kapitalistischen System, das durch wachsende Ungleichheit und sich verschlechternde Bedingungen für die große Mehrheit von uns gekennzeichnet ist, werden die Machthaber weiterhin alles tun, um ihre Macht zu erhalten – und dazu gehört heute auch, dass sie vorgeben, Freunde unserer Bewegungen zu sein, während sie in Wirklichkeit der wahre Feind sind.